

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Mai 1964

- |   |          |
|---|----------|
| 1) <u>Vor den Parteikongreß in Warschau</u>       | Seite: 1 |
| 2) <u>"Protest gegen Protest"</u>                 | 15       |
| 3) <u>Die Bundesrepublik und der Gomulka-Plan</u> | 20       |

- - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

## 1. Vor dem Parteikongreß in Warschau

Etwa 1.630 Delegierte werden sich am 15. Juni 1964 in dem halbrunden Gebäude der Warschauer Kongreßhalle, zum Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) versammeln. Jeder von ihnen wird etwa 1.000 Parteimitglieder oder Kandidaten vertreten. Zum Ende des vergangenen Jahres belief sich der Mitgliederstand der PZPR auf ungefähr 1,5 Millionen.

Etwa ein Sechstel der Delegierten (250) wurden von den Parteiorganisationen der Großbetriebe (mit mindestens 500 Mitgliedern) gewählt, der Rest wurde während der Parteikonferenzen in Gemeinden, Kreisen und Wojewodschaften ermittelt.

Der kommende Parteitag wird sich in mancher Hinsicht von seinen Vorgängern grundsätzlich unterscheiden. Der sogen. "Gründungsparteitag" fand nach der erzwungenen Verschmelzung der Sozialistischen (PPS) und Kommunistischen (PPR) Partei, im Dezember 1948 statt. Vier Monate vorher wurde Wladyslaw GOMULKA seiner Pflichten als Generalsekretär der PPR "entbunden". Vorerst blieb er noch im ZK, als er aber während des "Gründungs-Parteitages" das Wort ergreifen wollte, wurde er von gewissen Genossen mit Pfiffen und Buh-Rufen begrüßt. Die Herrschaft in der Partei übernahm der sowjetische Agent und Stalinist, Boleslaw BIERUT:

Fünf Jahre später (März 1954) fand der II. Parteitag statt. STALIN war zwar schon tot, nicht aber das von ihm geschaffene System. An der Spitze der Partei stand noch immer der kommunistische Kleinbürger Boleslaw BIERUT. GOMULKA befand sich seit langem im Arrest (nicht im Gefängnis, sondern in einer Villa), schonend von seinen Aufsehern behandelt. Mancher seiner Freunde hatten es in jener Zeit gewiß schwerer; liquidiert wurde aber kein Spitzenfunktionär der Partei. Der sonst so moskauhörige BIERUT entwickelte keine besondere Initiative, wenn es sich darum handelte, frühere leitende Genossen dem Scharfrichter zuzuführen; man behauptet sogar, daß er dem

Druck aus Moskau einen gewissen passiven Widerstand entgegengesetzt habe. Der Fall BIERUT erlaubt die These aufzustellen: Ohne Sadismus und Feigheit einzelner Parteiführer wäre es nicht zu den exzessiven Verfolgungen in Ungarn, Bulgarien und der CSR gekommen.

Weitere fünf Jahre waren vergangen als sich die kommunistischen Delegierten in Polen zum dritten Mal zu einem Parteitag (März 1959) versammelten. In der Zwischenzeit hat sich Entscheidendes ereignet: Polen brach mit dem Stalinismus und GOMULKA kam wieder an die Macht. Er kam zurück als Retter des Landes und der Partei. Seine Einflüsse und sein Ansehen waren jetzt viel grösser als in jenen Nachkriegsjahren, als er "nationalistischer Rechtsabweichungen" beschuldigt worden war.

Als er im Oktober 1956 das Erbe seiner stalinistischen Vorgänger übernahm, war die Partei im Kampf zwischen Stalinisten und Anti-Stalinisten erschüttert. Ihre Autorität war auf den Nullpunkt gesunken. Zweieinhalb Jahre brauchte GOMULKA, um der Partei wenigstens nach außen hin wieder eine gewisse Autorität zu verschaffen und sie vor dem drohenden Zerfall zu bewahren. Als GOMULKA sich im Frühjahr 1959 den Delegierten des III. Parteitages stellte, nahm er die Zügel fest in die Hand und die Einheit der Partei schien gerettet zu sein. In den vergangenen zweieinhalb Jahren konnte GOMULKA den vorher so starken (allerdings organisatorisch kaum verankerten) Einfluß der "revisionistischen" Erneuerer der Partei, also jener Leute, die den Oktoberumschwung vorbereitet und ihm selbst zur Macht verholfen hatten, weitgehend ausschalten. Stalinisten, die sein come back mit allen Mitteln vereiteln wollten, wurden besänftigt. (Ihnen wurden z.Teil einflußreiche Posten im Partei- und Verwaltungsapparat zugeschoben oder sie wurden auf andere Weise zum Schweigen gebräht. GOMULKAs Versöhnung mit den Sowjetführern und seine spätere Freundschaft mit diesen, entzog

dieser dogmatischen "Opposition den Boden.

In der stalinistischen Ära galten die kommunistischen Parteien, wenigstens nach außen hin, als Monolithen, obwohl schon damals interne Machtkämpfe ausgetragen wurden. Im Jahre 1956 kam es jedoch zur offenen Spaltung und zur Bildung von Fraktionen in der PZPR. Plötzlich standen die Mitglieder derselben Partei sich feindlich gegenüber. GOMULKA konnte nur mit Mühe den Frieden im internen Parteikampf wieder herstellen, indem er die Vertreter der beiden extremen Flügel (Revisionisten und Dogmatiker) entweder ausschaltete und neutralisierte. Als Kern verblieb eine Art Koalition, auf die sich GOMULKA in den folgenden Jahren stützen konnte, obwohl diese Koalition keineswegs einheitlich war.

Sie bestand aus mehreren Gruppen, wo die kleinste die wichtigste war. Es waren vier Parteiführer, die im Oktober 1956 wieder in das ZK der Partei aufgenommen wurden: GOMULKA, Zenon KLISZKO (inoffizieller Stellvertreter des Parteichefs), Marian SPYCHALSKI (Verteidigungsminister) und LOGA-SOWINSKI (Gewerkschaften). Ihre Rolle wurde im März 1959 dadurch unterstrichen, daß sie alle Politbüromitglieder wurden.

Die zweite Gruppe bildeten ehemalige Sozialisten mit Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ und Außenminister RAPACKI an der Spitze. Vertreter dieser Gruppe hatten eine Anzahl wichtiger Verwaltungsposten inne (Innenministerium) im Parteiapparat besaßen sie (vielleicht mit Ausnahme von Krakau) wenig Einfluß.

Die zahlenmäßig stärkste Gruppe war das sogn. "Zentrum" mit Edward OCHAB an der Spitze, der nach dem Tode BIERUTS, zwischen April und Oktober 1956, vorübergehend die Partei leitete und dann durch seinen freiwilligen Rücktritt GOMULKA den Weg zur Macht ebnete.

Schließlich gab es noch eine vierte Gruppe um den Spitzenfunktionär ZAMBROWSKI, die den rechten Flügel der GOMULKA-Koalition bildete und damals ziemlich offen eine antiliberale Haltung einnahm. Altstalinist ZAMBROWSKI ließ sich beim Oktober-Umschwung nicht ausschalten, er blieb im Politbüro und im Parteisekretariat. Er machte sich zum Fürsprecher jener Kräfte in der Partei, die die Oktober-Reformen als zu weitgehend und parteischädlich fanden. ZAMBROWSKI war auch der einzige Parteiführer innerhalb der "regierenden Koalition", der zeitweise die Ambition hatte, GOMULKA zu verdrängen oder zumindest sich unterzuordnen. Bald erwiesen sich allerdings diese Pläne ZAMBROWSKIs als nicht realisierbar.

Nach dem Tode BIERUTs galt er als aussichtsreichster Kandidat für dessen Nachfolge und nur durch den Einspruch Moskaus mußte er zugunsten OCHABs verzichten.

Vertreter der sogen. "Natolin-Gruppe" gab es in dieser GOMULKA-Koalition zunächst nicht. Einige der am meisten kompromittierten Stalinisten wurden aus dem politischen Leben ausgeschaltet. Sie bekamen entweder Parteipension (ehem. Wirtschafts-Diktator Hieronim MINC) oder erhielten unbedeutende Posten in Verwaltung, Forschungsinstituten usw. (z.B. die "graue Eminenz" der stalinistischen Ära, von manchen als der einflußreichste Mann in der Partei betrachtet, Jakub BERMAN). Einige führende Funktionäre verloren ihre hohen Parteiämter und wurden mit führenden Verwaltungsposten entschädigt (Vizepremier Zenon NOWAK, vormals im Politbüro). Im allgemeinen sorgte GOMULKA dafür, daß seine stalinistischen Feinde Brot und Arbeit hatten. Er wollte mit dieser Taktik verhindern, daß sich Gruppen bilden, die im Untergrund gegen ihn arbeiten.

Der III. Parteitag der PZPR (März 1959) brachte in dieser politischen Konstellation innerhalb der Partei keine wesentlichen Veränderungen, wenn davon abgesehen wird, daß die letzten Revisionisten aus dem ZK verschwanden.

Einige im schlechten Ruf stehende Stalinisten, behielten ihre Stellungen in der Parteispitze. (Wie der ehem. Leiter für Polit-Erziehung der Streitkräfte, WITASZEWSKI, der trotz der Proteste einiger Delegierter seine ZK-Mitgliedschaft behielt).

Erst der Herbst 1959 und die folgenden Monate brachten eine deutliche Wendung. Der als "liberal" geltende Jerzy MORAWSKI, der für die Kulturpolitik der Partei verantwortlich war, mußte vom Politbüro, vom Parteisekretariat und ZK zurücktreten. An seine Stelle kam Ryszard STRZELECKI, bisher Verkehrsminister, der als Parteifunktionär wenig hervorgetreten war. Mit der Nominierung STRZELECKIs zum ZK-Sekretär (Januar 1960) wurde zum ersten Male ein prominentes Mitglied der ehem. Natolin-Gruppe (Stalinisten) in die "regierende Koalition" aufgenommen und wurde bald zu einer Schlüsselfigur des Regimes. Gleichzeitig übernahmen mehrere andere "Natoliner" führende Posten in der Verwaltung und (Vizepremiers SZYR und TOKARSKI, stellvertr. Planungschef GEDE) im Parteiapparat. (Der erwähnte Kazimierz WITASZEWSKI als Chef der Verwaltungsabteilung beim ZK).

Die fortschreitende Annäherung GOMULKAS an seine ehem. stalinistischen Verfolger (an der sein Ratgeber und engster Mitarbeiter Zenon KLISZKO stark beteiligt war) hat eine gewisse Beunruhigung in anderen Gruppen der "Gomulka-Koalition" hervorgerufen. Besonders stark äußerte sie sich in der Fraktion, die von Roman ZAMBROWSKI geführt wurde, weil diese trotz ihrer antiliberalen Einstellung in bitterer Feindschaft zu der "Natolin-Gruppe" stand. Der zunehmende Einfluß der "Natolin-Gruppe" in Partei und Verwaltung hatte zur Folge, daß sich die ZAMBROWSKI-Gruppe immer mehr mit jenen Kräften in der Partei verband, die wegen ihrer "liberalen" Sympathien von den Stalinisten ebenfalls bekämpft wurden. Bald gewöhnte man sich auch daran, die Anhänger von ZAMBROWSKI als "Liberale" zu bezeichnen.

Mit diesem Namen bezeichnet man nicht nur die mehr oder weniger getarnten "Revisionisten", (die hauptsächlich unter den Intellektuellen zu finden sind) sondern auch alle jene Kräfte in der Partei, die eine zu weit gehende Uniformität des Systems ablehnen. Als "liberal" gilt in diesem Sinne der ehem. Sozialist RAPACKI und auch GOMULKAs Vorgänger, Edward OCHAB.

Die Evolution der ZAMBRWOSKI-Gruppe und die Bildung eines "liberalen" Flügels der Partei wurde durch die Tatsache beschleunigt, daß eine neue antiliberalen Kraft innerhalb der Partei entstand und sehr bald eine erstaunliche Aktivität entfaltete: Die Partisanengruppe.

An der Spitze dieser Gruppe stehen Leute, die während der Nazibesatzung in Polen die kommunistische Partisanen-Bewegung leiteten und nach dem Kriege meistens leitende Funktionen in der Sicherheitspolizei übernahmen. Zu politischen Spitzenfunktionären der Partei avancierten sie bis jetzt nicht. Die größte politische Begabung unter den politischen "Partisanen" ist zweifellos General und Chef der Sicherheitspolizei, Mieczyslaw Moczar, der entgegen den Erwartungen vieler die ihn gut zu kennen glaubten, sich zu einem ernst zu nehmenden Partner im internen Machtkampf in der Partei entwickelte.

Die Partisanen sind auch in der Rolle der "Neuerer" der Partei hervorgetreten. Im Gegensatz zu den "Revisionisten", denen ein "freizeitlicher, menschlicher Sozialismus" vorschwebte, sprachen sich die Partisanen für autoritäre Methoden des Regierens und für die Säuberung der Partei von allen kosmopolitischen und liberalen Einflüssen aus. Sie sprachen nie gegen den Parteichef GOMULKA, sie pflegten im Gegenteil beste Beziehungen zu dem GOMULKA-Helfer KLISZKO. Ihr Kampf gilt Zuständen in der Partei, die GOMULKA nach ihrer Ansicht jahrelang geduldet oder zumindest nicht ausreichend

bekämpft hat: Verwestlichte Intellektuelle in Kultur, Presse, Rundfunk usw., vernachlässigte Wachsamkeit gegenüber den innen- und ausländischen Feinden des Sozialismus, unzuverlässige Funktionäre in der Partei und in der Verwaltung, lasche Wirtschaftspolitik usw.

Dank ihrer Schlüsselstellung im Innenministerium (politische Polizei) und im Verteidigungsministerium (militärischer Abwehr- und Nachrichtendienst) und guter Kanäle zu GOMULKA (KLISZKO und SPYCHALSKI) konnten die Partisanen ungezählte Genossen zu Fall bringen. Zu ihren prominentesten Opfern gehört der Spitzenfunktionär ZAMBROWSKI, der im Sommer vorigen Jahres zurücktrat, sowie der Chef der Breslauer Parteiorganisation und ZK-Sekretär, Wladyslaw MATWIN. Auf der Abschußliste der Partisanen befinden sich seit langem Premier CYRANKIEWICZ, Außenminister RAPACKI, Staatspräsident ZAWADZKI (alle Politbüromitglieder und einige weniger prominente Männer, wie Innenminister WICHA.)

Mit den Stalinisten von der "Natolin-Gruppe", mit STRZELECKI an der Spitze, verbinden die Partisanen viele gemeinsame Ziele und Ansichten, beide Gruppen haben ihre Gegner oft zusammengeschlagen, die Männer des Generals MOCZAR wollen aber getrennt marschieren, weil sie eine selbständige politische Kraft in der Partei bleiben und kein Anhängsel der Natoliner werden wollen. Einer der erfolgreichsten, wenn auch der skrupelloseste Schachzug der Partisanen war, daß sie sich als erste das Generationsproblem zunutze machten. Unter den jungen Funktionären der Partei gibt es viele, denen eine schnelle Karriere vorschwebt. Die Posten auf die sie reflektieren bleiben indes von älteren Genossen besetzt, die oft im internen Parteikampf engagiert sind und partisanenfeindliche Positionen bezogen haben. Das schnellste Mittel die begehrten Posten frei zu bekommen wäre die Vertreibung der "Alten" und das versprechen die Partisanen den "Jungen".

Auf diese Weise haben sie sehr viele Anhänger unter den ungeduldigen und deswegen oft enttäuschten jungen Karrieristen gewonnen. Viele, die mit der Kaderpolitik der Partei und der Stellenbesetzung im Apparat unzufrieden sind, strömen der Partisanengruppe zu. Unter den machthungrigen Funktionären haben sich die Partisanen, durch die erfolgreiche und fortdauerende Ausschaltung ihrer politischen Gegner, viel Respekt verschafft. Die Dynamik und die Erfolge die sie in ihrem bisherigen Kampf gezeigt haben, verfehlen nicht die Wirkung auf zahlreiche Parteikreise. Das hat sich u.a. auch darin geäußert, daß sich unter den Delegierten des IV. Parteitages viele Anhänger des General MOCZAR befinden.

Die Erschütterung der stagnierenden Fronten und die Verschärfung des internen Parteikampfes, die das Erscheinen der Partisanengruppe mit sich brachte, hat auch eine Tatsache offenbart die bisher verborgen blieb: Parteichef GOMULKA erwies sich als unfähig, die gefährliche und fortschreitende Spaltung der Partei zu verhindern. Der kontaktarme, zu Jähzorn und Mißtrauen neigende Parteichef isolierte sich so sehr von seiner Umgebung, von der Partei, von der Wirklichkeit des Landes, daß er nur noch vom Schreibtisch regiert. Sein erster Ratgeber und Vertrauter, Zenon KLISZKO, hatte nicht immer eine glückliche Hand im Umgang mit Menschen. Die fortschreitende wirtschaftliche Krise beraubte GOMULKA eines großen Teiles seiner Beliebtheit, die er noch immer in einigen Kreisen der Bevölkerung besaß. Seine Autorität in der Partei und im ganzen Lande sinkt seit mindestens zwei Jahren. Unmittelbar vor dem IV. Parteitag der PZPR muß man feststellen, daß GOMULKA nicht mehr Herr der Lage in der Partei ist. Die Koalition der Parteigruppen, auf die sich seine Macht nach dem Oktober 1956 einige Jahre lang stützte, ist heute zerschlagen. Die alten Mehrheitsverhältnisse im ZK und Politbüro sowie im Parteisekretariat spiegeln nicht die wirklichen Machtverhältnisse in den einzelnen Parteiorganisationen und im Parteiapparat wider.

Mit dieser Behauptung, die durchaus den Tatsachen entspricht, traten die Partisanen vor kurzem an den Parteichef heran und verlangten von ihm einen ihnen gebührenden Anteil an der Macht in der Partei. Sie wollen Männer ihres Vertrauens im künftigen Politbüro und Parteisekretariat sehen und eine bestimmte Anzahl von Plätzen im ZK besetzen. GOMULKA wird sich diesen Wünschen kaum widersetzen können.

Der IV. Parteitag in Warschau wird sich von den vergangenen in vielem unterscheiden. Unter BIERUT waren die beiden ersten Parteitage nicht viel mehr als eine Abstimmungsmaschine. Der dritte Parteitag, der vor mehr als fünf Jahren stattfand, war von GOMULKA weit gehend kontrolliert. Nur eine kleine Minderheit der Delegierten, die hauptsächlich aus den Kreisen der "Natolin-Gruppe" kamen, fühlte sich an die Anweisungen der Parteileitung nicht immer gebunden. Bei dem vierten Parteitag sind einige Überraschungen möglich. GOMULKA ist nicht mehr der Parteichef, der allein das Gesetz des Handelns diktiert.

Wir wollen kurz umschreiben, aus welchen wichtigsten Gruppen und Fraktionen die Partei heute besteht und welchen Anteil sie an der Macht besitzen. Man muß bedenken, daß während der letzten Jahre viele früher fest umrissene Grenzlinien und Fronten zwischen den einzelnen Gruppen in Bewegung geraten sind, so daß die Trennungslinien zwischen den Fraktionen sehr oft verwischt worden sind.

Die Partei besteht aus zwei sich bitter bekämpfenden Flügeln, den "Liberalen" und den "Neostalinisten", sowie einer Gruppe der Mitte, deren Vertreter sich im internen Parteikampf zeitweise neutral verhalten, zeitweise an dem internen Parteikampf teilnehmen, sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite.

Die "Neostalinisten" bestehen aus Vertretern der ehem. "Natolin-Gruppe" und den "Partisanen". Die ersteren konnten durch das wohlwollende Verhalten des Parteichefs einige wichtige Posten in der Parteileitung besetzen. Die prominentesten unter ihnen sind STRZELECKI und WITASZEWSKI. Diese beiden Spitzenfunktionäre haben eine erstaunliche Karriere gemacht. WITASZEWSKI landete nach dem Oktober 1956 auf dem unbedeutenden Posten eines Militär-Attachés in der Prager Botschaft Volkspolens. Drei Jahre später stand er schon an der Spitze der wichtigsten ZK-Abteilung (Verwaltung). Die Unruhe in der Partei wurde damals damit beschwichtigt, daß man sagte: WITASZEWSKI verdankt seinen neuen Aufstieg ausschliesslich dem Parteichef GOMULKAS. Er muß ihm jetzt treu dienen, sonst wird er wieder in Vergessenheit geraten. Heute gilt WITASZEWSKI als einer der möglichen Kandidaten im Politbüro. Er erlaubt sich offene Kritik an seinem Chef, welcher nach seiner Ansicht in der chinesischen Frage allzusehr in die sowjetischen Fußstapfen tritt.

ZK-Sekretär STRZELECKI wäre schon im Sommer des vergangenen Jahres in das Politbüro avanziert, wenn er sich nicht durch seine allzu offen zur Schau getragenen Kronprinz-Ambitionen die Feindschaft des GOMULKA-Vertrauten Zenon KLISZKO zugezogen hätte. KLISZKO wird aber kaum verhindern können, daß STRZELECKI einen Platz im neuen Politbüro bekommt.

Die "Partisanen" legen großen Wert darauf nicht mehr ehemaligen Stalinisten der "Natolin-Gruppe" verwechselt zu werden. Sie wollen als "Neuerer" der Partei gelten, während den "Natolinern" das Vergangene allzu stark anhaftet. Sie bilden zeitweise eine Kampfgemeinschaft; sicher werden die Partisanen eines Tages das "Generationsproblem" auch gegen ihre jetzigen Verbündeten ausspielen. Der Partisanen-Führer General MOCZAR erwies sich nicht nur als gefährlicher politischer "Killer", sondern auch als ein gewandter Taktiker,

der während des Wahlfeldzuges zum Teil das berechtigte Mißtrauen mancher politischer Gegner zu entschärfen vermochte. Man glaubte früher, daß der Ehrgeiz des Polizei-Chefs MOCZAR durch die Übernahme des Innenministeriums befriedigt wird, es stellte sich aber heraus, daß er viel höher zielt und eine führende Rolle in der Partei spielen will. In seinem Gespräch mit GOMULKA, daß vor einem knappen halben Jahr stattfand, soll er für sich einen Sitz im Politbüro verlangt haben. Die Zahl der Delegierten, die ihn während des Parteitages unterstützen werden, wird beträchtlich sein. Diese Tatsache wird GOMULKA in Erwägung ziehen müssen. Wie nach dem Parteitag das neue Politbüro zusammengesetzt sein wird, läßt sich heute nur vermuten. Fest steht aber, daß die Partisanen eine beachtliche Zahl der Plätze im ZK bekommen werden. Bisher hatten sie dort nur ein paar Vertreter und wagten deshalb nicht, das Zentralkomitee als Basis ihres politischen Kampfes zu benutzen.

Die Tatsache, daß sie im alten ZK eine große Anzahl Anhänger hatten, machten sich die Gegner der Neostalinisten, aus dem "liberalen" Flügel der Partei, zu nutze. Dieser Flügel besteht aus vielen Gruppen und Grüppchen, von denen manche die Bezeichnung "liberal" nur deswegen tragen, weil sie von den antiliberalen Neostalinisten bekämpft werden. Das bezieht sich insbesondere auf die sogen. "Zambrowski-Gruppe", die den organisatorischen Kern der Opposition gegen Natoliner und Partisanen bildete. Ihr Chef ZAMBROWSKI wurde teils durch seine Anhänger, (für die er wegen seiner stalinistischen Vergangenheit zur Belastung wurde) teils durch den Druck seiner Gegner zum Rücktritt aus dem Politbüro und dem Parteisekretariat gezwungen. Es war eine aufsehen erregende Niederlage, aber keineswegs die einzige. Solche Spitzenfunktionäre wie Jerzy MORAWSKI und Wladyslaw MATWIN sind ebenfalls unter dem Druck ihrer Gegner kampflos von der Bühne abgetreten und haben dadurch ihren antiliberalen Gegnern zweifellos gute Dienste erwiesen.

Resignation, freiwilliger Rücktritt, Verzicht mehrten sich im "liberalen" Lager der Partei während der letzten Jahre und spiegeln die fehlende Kampflust, Dynamik und Siegeszuversicht wider. So mußten die "Liberalen", die im Zentralkomitee und anderen Parteibehörden zahlenmässig ihren neostalinistischen Gegnern hoch überlegen waren, trotzdem eine Position nach der anderen räumen, was sich besonders auf dem Gebiet der Massenmedien bemerkbar machte.

Zu den "Liberalen" muß auch der größte Teil des ehem. Zentrums der Partei, mit Edward OCHAB an der Spitze, gezählt werden. Nach dem Rücktritt ZAMBROWSKIs gab es Versuche OCHAB zum Anführer aller "Liberalen" zu küren, darin kann man etwas Symbolisches sehen: OCHAB steht zwar hoch im Ansehen vieler Parteifunktionäre und Mitglieder, aber er ist heute fast erblindet und nur ein Schatten seiner selbst, eine Art ehrwürdiger Parteipatriarch. Diesen Mann als Gegenpol den dynamischen Politikern aus dem neostalinistischen Lager gegenüberzustellen bedeutet eine völlige politische Ratlosigkeit im Lager der "Liberalen". So kann auch die Passivität nicht erstaunen, die die Vertreter dieses Parteiflügels in der Wahlkampagne vor dem Parteitag zeigten. Die Position, die sie im künftigen ZK einnehmen werden, wird wesentlich bescheidener sein.

In der Mitte zwischen den kämpfenden Neostalinisten und "Liberalen" befinden sich die "Gomulkisten", ehemalige Sozialisten und die GIEREK-Gruppe. Die Gruppe der Gomulkisten in der Parteispitze hat sich während der letzten Jahre vergrößert. Zu ihr werden neuerdings auch zwei im letzten Sommer ernannte ZK-Sekretäre gezählt: JASZCZUK und Artur STAREWICZ. Bezeichnend für die Verwischung der klaren Trennungslinien zwischen den verfeindeten Fraktionen ist die Tatsache, daß GOMULKA-Freund, Zenon KLISZKO, zeitweise mit Neostalinisten kollaborierte und Artur STAREWICZ Sympathien für die ZAMBROWSKI-Gruppe zeigte.

Auch die ehemaligen Sozialisten orientieren sich zum Teil nach dem gomulkschen Zentrum (Premier CYRANKIEWICZ), zum anderen Teil nach den "Liberalen" (Außenminister RAPACKI). Von OCHAB läßt sich ebenfalls sagen, daß er mit einem Fuß im Lager der "Liberal-en" mit dem anderen im Zentrum der Partei steht.

Dank der außergewöhnlichen Aktivität von Zenon KLISZKO werden die GOMULKISTEN die Mehrzahl der Warschauer Delegierten auf den Parteitag schicken. Die Tatkraft KLISZKOs reichte aber nicht aus, um eine bedeutende Zahl der Delegierten aus der Provinz zu gewinnen. Die ehem. Sozialisten mußten sich auf ihre frühere Hochburg Krakau beschränken. Ihre Position unter der Warschauer Arbeiterschaft ist nicht so stark, weil die Bevölkerung der Hauptstadt, infolge der totalen Zerstörung durch Hitler, im ganzen Lande zerstreut wurde und nach dem Wiederaufbau sich nur zum Teil in der alten Heimatstadt niederlassen konnten. Das dritte ehem. Bollwerk der Sozialisten - Lemberg, liegt heute in der Sowjet-Ukraine.

Die Gruppe des oberschlesischen Parteichefs Edward GIEREK, ist die einzige Parteifraktion, die sich auf ein kleines, wenn auch sehr wichtiges Gebiet Polens beschränkt: Die Wojewodschaft Kattowitz. GIEREK, der gleichzeitig Politbüromitglied und ZK-Sekretär ist, steht an der Spitze der mächtigsten Parteiorganisation in der Wojewodschaft, die 212.000 Mitglieder zählt und eine dynamische Entwicklungstendenz zeigt. (Im Januar 1959 - 121.000). In seiner Hauptstadt Kattowitz hält GIEREK die Zügel so fest in der Hand wie kein anderer Wojewodschaftssekretär in Polen. In Warschau ist er eine mächtige Figur, von vielen wird er als präsumptiver Nachfolger GOMULKAS betrachtet. Im Parteikampf blieb GIEREK bis jetzt neutral und sowohl die zerstrittenen, als auch die das Streites überdrüssigen Genossen werden sich viel Mühe machen, ihm für sich zu gewinnen.

Für GOMULKA, der mit Kritik von rechts und links rechnen muß, ist GIEREK besonders wichtig.

Außer den aufgezählten Gruppen gibt es noch auf den beiden extremen Flügeln der Partei solche, die (wenn überhaupt) nur im Untergrund wirken können. Die schon kurz nach dem Oktoberumschwung zerschlagenen Revisionisten treiben hin und wieder Opposition gegen die autoritären Tendenzen des GOMULKA-Regimes. Sie waren zweifellos an der Vorbereitung des Protestes der Intellektuellen beteiligt.

Daß es immer noch eine stalinistische Opposition gegen GOMULKA gibt erfuhr man erst vor wenigen Wochen. Nicht alle Mitglieder der "Natolin-Gruppe" ließen sich durch gut bezahlte und manchmal sogar einflussreiche Posten beschwichtigen. Einige von ihnen gingen so weit, daß sie illegale Schriften, die gegen die Parteichef gerichtet waren, verfassten, druckten und kolportieren. In diesem Zusammenhang wurden vorübergehend verhaftet: Der ehemalige Gewerkschaftschef Wiktor KLOSIEWICZ, der ehem. Vizepremier der Regierung, LAPOT und der ehem. Minister der Regierung CYRANKIEWICZ, Kazimierz MIJAL. In der illegalen Broschüre wurde u.a. behauptet, daß sich unter der Leitung GOMULKAS die Parteilinie von marxistisch-leninistischen Prinzipien entferne, daß das Tempo der Industrialisierung herabgesetzt und daß auf die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft verzichtet werde. Auch die Kirchenpolitik GOMULKAS sei von allzugroßer Milde gekennzeichnet.

Diese Attacke bestätigt nur, daß es auch in der polnischen Partei unbelehrbare Stalinisten gibt, für die GOMULKA als zu "liberal" gilt. Diese Attacke der Extremisten kann aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die bald achtjährige Regierungszeit GOMULKAS keine "liberalen" sondern

antiliberale und autoritäre Tendenzen immer mehr in der kommunistischen Partei Polens die Oberhand gewinnen konnten. Das geschieht in einer Zeit, in welcher andere Satellitenparteien umgekehrte Entwicklungstendenzen aufweisen. Die Stärkung der neostalinistischen Tendenzen in PZPR erfolgte in vielen Fällen Dank der wohlwollenden Haltung oder sogar aktiven Unterstützung des Parteichefs und seines Mitarbeiters Zenon KLISZKO. Die Geister die er rief kann er jetzt nicht mehr loswerden. Die Neostalinisten schicken sich offensichtlich an, GOMULKA zu bevormunden. Er ist schon jetzt nicht mehr der alleinige Herr über die Partei, alles scheint darauf hinzuweisen, daß der IV. Parteitag der PZPR seine Stellung nicht stärken, sondern weiter schwächen wird.

## 2) "Protest gegen Protest"

Der Protest der 34 polnischen Intellektuellen gegen die Bevormundung der polnischen Kultur durch die kommunistische Zensur und gegen die nicht ausreichenden Papierzuteilungen für die Verlage, zwang die Partei zu einer offiziellen Stellungnahme. Die aufgrund der gefühlsmässigen Reaktionen des Parteichefs GOMULKA verfügten Repressalien gegen alle Unterzeichner des Protestes, ließen sich nicht aufrechterhalten. Der nicht besonders scharfsinnige GOMULKA hatte nicht bedacht, daß es nachteilig für das Regime ist, wenn vor der Öffentlichkeit zugegeben wird, daß die intellektuelle Elite des Landes gegen die Machthaber eingestellt ist und von diesen dafür bestraft wird. Die Klügeren unter den Ratgebern des Parteichefs konnten ihm mit einiger Mühe davon überzeugen, daß es besser ist, die Situation so darzustellen, als habe die Mehrzahl der Unterzeichner in Unkenntnis der möglichen Folgen ihres Schrittes gehandelt. Sie hätten nicht bedacht, daß das Ausland das Vorgehen der Intellektuellen propagandistisch ausschlachten würde.

Es ließen sich auch leicht zehn Unterzeichner dazu bewegen an die Redaktion der Londoner "Times" einen Brief zu richten, in welchem sie sich dagegen verwahrten, daß interne kulturelle Probleme Polens "vor allem von der westdeutschen Presse und in den Sendungen von Radio "Freies Europa" zu einer auf "unrichtigen Informationen" beruhenden Kampagne geführt haben. Im übrigen - so versicherten die Briefschreiber der "Times" - ist ihnen nichts davon bekannt, daß "zurzeit" gegen irgend jemanden der 34 Protestunterzeichner Repressalien angewendet werden. Um sich gegen diese Einmischung von außen noch energischer zu verwahren, richtete der Polnische Schriftstellerverband einen "Protest der polnischen Literaten" gegen die fremde Anmaßung. Niemand habe das Recht, sich in "interne Angelegenheiten, die eine gemeinsame Sache der Kulturschaffenden und der politischen Leitung sind" einzumischen. Unter diesem Brief setzten einige Hundert polnische Schriftsteller (in der Mehrzahl Namen, die der breiten Öffentlichkeit nichts sagen) ihre Unterschriften.

Die Partei sorgte also dafür, daß die 34 protestierenden Intellektuellen nicht nur als irreführt, sondern daß sie nicht legitimiert waren, im Namen der polnischen Kulturschaffenden zu sprechen.

Zu einer solchen Maßnahme sei ausschließlich die Berufsorganisation, also der Verband der Schriftsteller, berechtigt. Am 5. Mai meldete "Trybuna Ludu" auf der ersten Seite, daß Wladyslaw GOMULKA den Vorstand des Verbandes empfangen hat. Besprochen wurden während dieses Treffens "Probleme, die für die Entwicklung der polnischen Kultur wesentlich sind". An der Spitze des Literatenverbandes steht der zwar sehr prominente aber charakterlich sehr wankelmütige IWASZKIEWICZ, der zu allen Liebesdiensten für das Regime bereit ist. In einem Interview, daß er der Zeitung "Zycie Warszawy" am 17. Mai gewährte, räumte er ein, daß die materielle

Situation der polnischen Schriftsteller nicht sehr günstig ist.

Daß weiter die Auflagen der Bücher ungenügend sind und daß die Erfüllung der berechtigten Wünsche der Schriftsteller durch "gewisse Schritte", die er als Vorsitzender des Verbandes verurteilen muß, nur verzögert wird.

Im übrigen hat ihm die Parteileitung versichert, daß die Papierzuteilungen Zug um Zug vergrößert werden.

Diese Ausführungen IWASZKIEWICZ widersprachen aber kraß den Behauptungen, die 10 Tage vorher in der gleichen Zeitung aufgestellt wurden. Am 10. Mai schrieb "Zycie Warszawy" von der "blödsinnigen" Behauptung, die polnische Kultur wäre bedroht und befände sich auf dem Rückzug. Diesem "Heulen über die Bedrohung der Kultur in Polen" widerspricht in jeder Hinsicht die "Wirklichkeit." Auch der zweite Mann im Staate, Zenon KLISZKO stellte vor den Schriftstellern der "West- und Nordgebiete" in Posen fest:

"Während der zwanzig Jahre zwischen den beiden Weltkriegen, betrug die Auflagen aller Bücher 363 Millionen Exemplare. Während der zwanzig Jahre nach dem letzten Krieg wurden dagegen 1,5 Milliarden Bücher in Polen gedruckt, davon wurden fast 250 Millionen Bücher der schöngeistigen Literatur verbreitet."

Aus diesen Feststellungen könnte man entnehmen, daß der Protest der 34 Intellektuellen gegen die Kürzung von Papierzuteilungen für die Verlage ungerechtfertigt war. IWASZKIEWICZ stellte die Sache jedoch wesentlich anders dar. Aber noch deutlicher sprach sich in der polnischen Presse (wieder in "Zycie Warszawy" ein angesehener Warschauer Feuilletonist, Wladyslaw KOPALINSKI) aus. Er schrieb am 20. Oktober 1963:

"Unter den Ländern der Volksdemokratien stehen wir an der ersten Stelle was die Zahl der Bevölkerung betrifft. Warum sollten wir also die Tatsache als normal empfinden, daß wir auf dem Gebiete der Bücherproduktion jetzt den vorletzten Platz einnehmen, zwischen

Rumänien und Albanien? Wodurch könnte man die Tatsache erklären, daß die DDR, die nicht viel mehr als die Hälfte unserer Bevölkerungszahl aufweist, doppelt so viel Bücher verlegte, als wir im letzten Jahr?... Es wäre gut daran zu denken, daß unter diesen Ländern nur wir einen so starken und schmerzlichen Verlust erlitten haben: Während der sechs Jahre (der Nazibesatzung) wurde die Verlagstätigkeit vollständig zum Stillstand gebracht. Die Nazis bemühten sich, der schöpferischen Schicht des polnischen Volkes, besonders blutige Verluste zuzufügen."

Der warnende Artikel von KOPALINSKI erschien also fast ein halbes Jahr vor dem Protest der 34 Intellektuellen, ohne daß deswegen jemand den Autor zu einem Panikmacher oder gar "Werkzeug der Imperialisten" gestempelt hätte. Er bezog sich darauf, daß während der letzten zweieinhalb Jahre die rigorose Papierkürzung, von der die Verlage betroffen wurden, tatsächlich einer Abwürgung der polnischen Kultur gleichkamen. In den vorhergehenden Jahren (auch in den Jahren der stalinistischen Herrschaft in Polen) hatte die Bücherproduktion viel erfreulichere Zahlen aufzuweisen (daher die eindrucksvollen Statistiken für die letzten zwanzig Jahre!) und es mußte erst GOMULKA kommen, um auf Kosten der kulturellen Entwicklung des Volkes, kleine Summen im Budget des Staats einzusparen! Der Protest der 34 Intellektuellen war also keineswegs Ausdruck einer hysterischen Übertreibung, wie es manche gewissenlose und verlogene Zeitungsschreiber in Polen darzustellen versuchten.

In seiner Ansprache an die in Posen versammelten Schriftsteller stelle Zenon KLISZKO fest:

"Die Parteileitung und die Regierung sind immer bereit sich die Forderungen und die berechtigte Kritik anzuhören. Wir sind auch mit jenen zu diskutieren bereit, deren Argumente wir nicht teilen, die sich im Irrtum befinden, jedoch nur, wenn ihr Handeln einer echten Besorgnis um das Wohl unserer Kultur entspringt. Wollen wir es aber offen aussprechen: Jenen zwei oder drei Organisatoren des Protestbriefes ging es keineswegs um die Diskussion bestimmter Forderungen.

Für sie ging es um eine Demonstration, in welcher sie - unter Mißbrauch des Vertrauens und des guten Glaubens - einige Schriftsteller und Wissenschaftler hineingezogen haben. Diese zwei oder drei Initiatoren des Schreibens richteten - geleitet von nicht sonderlich sauberen Intentionen und falschen Ambitionen - den besagten Brief in Wirklichkeit nicht an die Staatsbehörden unseres Landes, sondern an ausländische Zentren. Sie wandten sich an diese sogar früher, als an den Warschauer Adressaten. Es liegt doch auf der Hand, daß man mit dem eigenen Vaterlande und seinen konstitutionellen Behörden, nicht mit Hilfe feindlicher Propaganda diskutiert!"

Nach der ersten unbesonnenen, ebenso plumpen wie brutalen Reaktion GOMULKAS wurden die Weichen also anders gestellt. Nur zwei oder drei Intellektuelle (es bezieht sich in erster Linie auf den sehr bekannten Dichter und Feuilletonisten, einen überzeugten Vorkriegsliberalen und im Jahre 1956 auch Vorsitzenden des Literatenverbandes, Antoni SLONIMSKI) handelten aus unsauberen Motiven. Der Rest der 34 Untersreiber war zwar im Unrecht und zu einem Protest nicht legitimiert, handelten aber im guten wenn auch naiven Glauben. Die Mehrzahl der Schriftsteller hat sich aber deutlich von den böswilligen und auch von den unüberlegten und dadurch schädlichen Schritten Einzelner unter ihnen distanziert. Die Partei ist zu einer Aussprache mit den Intellektuellen immer bereit. Die Partner in diesem Gespräch müssen aber die offiziellen Vertreter der Berufsorganisationen der Kulturschaffenden sein. Den durch diese Vertreter geäußerten und berechtigten Wünschen wird man (nach Möglichkeit) entgegenkommen."

Alles in allem versuchte die Partei ihr Gesicht zu wahren, war aber unter dem Druck der öffentlichen Meinung im Inn- und Auslande zu gewissen Konzessionen gezwungen. Die Aktion der Protestunterzeichner war somit nicht vergebens, sie brachte schon die ersten (und sicherlich nicht die letzten) Früchte. Die Papierzuteilung für Bücher auf dem Gebiete der schöngeistigen Literatur, sollen ab sofort um 25 % erhöht werden.

### 3) Die Bundesrepublik gegenüber dem "Gomulka-Plan"

Die grundsätzlichen Bedenken, die in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem neuesten polnischen Plan der "Einfrierung" der jetzigen Atomrüstungen in der Welt geäußert wurden, fanden einen gereizten Kommentar in der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" vom 23. Mai. Dort heißt es u.a.:

"Jedesmal wenn polnisch-deutsche Beziehungen diskutiert werden, muß man die elementarsten Dinge klarstellen: Unser Verhältnis zu der Regierung der Bundesrepublik ist keineswegs nur Ergebnis der 'Kriegsbelastung' und der 'Erinnerungen an die Vergangenheit', sondern auch - und vielleicht sogar von allem - der heutigen Politik dieser Regierung und dieses Staates.

Es handelt sich also nicht nur um diesen oder jenen Ex-Nazi im politischen Leben, nicht um "Erinnerungen an Auschwitz" und andere Kriegsverbrechen und schon gar nicht um die Gefühle des Hasses, der Rache oder der Vergeltung. Es handelt sich in erster Linie darum, was die heutige Bundesregierung für eine Politik treibt, welche Rolle sie heute in Europa und in der Welt spielt.

So behaupten wir, daß diese Bundesregierung nicht erst seit heute ... sondern schon immer, unveränderlich und konsequent eine destruktive, rückschrittliche, kaltkriegerische Rolle in den entscheidenden Jahren gespielt hat. Auf verschiedenen Gebieten und mit verschiedenen Methoden wirkte sie gegen die Koexistenz, gegen die Entspannung, gegen die Normalisierung und Besserung der Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen, ja selbst gegen Verhandlungen über diese Probleme...

Ein solcher, und dazu noch sehr bezeichnender Beweis ist die Haltung der Bundesrepublik zum GOMULKA-Plan; der sogar in den Kreisen, die gegen ihn Bedenken äusserten, als eine realistische, sachliche und deshalb als interessante diplomatische Initiative der letzten Jahre anerkannt wurde."

Der Bundesregierung (oder richtiger gesagt der regierenden CDU) wird von dem kommunistischen Warschauer Blatt besonders die Tatsache zur Last gelegt, daß sie gegen den "Gomulka-Plan" Stellung genommen hatte bevor er noch offiziell formuliert war. .

"Die Bundesregierung" - meint "Trybuna Ludu", "zeigt sich viel Initiative und Energie, aber nur in einer bestimmten Richtung: Wenn es sich darum handelt den Graben der quer durch Europa und die Welt läuft zu vertiefen. Die gleiche Regierung zeigt sich völlig passiv und widerspenstig, wenn es um Initiativen in umgekehrter Richtung geht. Wir können auf keine konkrete Anregung der Bonner Regierung auf dem Gebiete der Entspannung und Abrüstung hinweisen."

Nach Ansicht der "Trybuna Ludu" ist die Diskussion über das letzte polnische Memorandum zu einem gewissen Testfall für politische Tendenzen und Ziele einzelner Staaten und Regierungen geworden.